

Gastkommentar. In der Türkei ist das Projekt „Moderater Islam“ gescheitert. In Zentralasien sind die Gülen-Schulen aktiv.

Die Gurus des politischen Islam

VON HÜLYA TEKTAS

Einst setzten die USA auf den sogenannten Grünen Gürtel, auf die radikalen Islamisten, um die Verbreitung des Kommunismus im Nahen und Mittleren Osten zu verhindern. Als der Kommunismus schon längst vorbei war und die radikalen Islamisten mittlerweile zu einer weit größeren Gefahr geworden waren, schien die Idee der Etablierung eines moderaten Islam eine Lösung für die Probleme in der islamisch geprägten Region darzustellen.

So schlug 1999 der Nahostexperte und ehemalige hochrangige CIA-Beamte Graham E. Fuller folgendes neues Modell für den Nahen Osten vor: einen im Kapitalismus integrierten Islam. Denn solange die Mechanismen des neoliberalen Systems funktionieren, sollte es wohl niemanden kümmern, ob in einem Land Scharia-recht oder Laizismus gilt.

Ungefähr zeitgleich zu Fullers Vorschlag begann der Aufstieg des politischen Islam in der Türkei. Das Land, in dem im Gegensatz zu anderen Staaten in der islamischen Region demokratische Strukturen bestanden, Religion vergleichsweise kaum Bedeutung für den Staat hatte, wiewohl der Großteil der Bevölkerung sich zum Islam bekannte, war geradezu ein Musterkandidat für das Projekt „Moderater Islam“.

Aufschwung der AKP

2001 wurde dann die AKP aus den Reformflügeln der verbotenen islamisch-konservativen Tugendpartei gegründet. Bereits 2003 erhielt die AKP unter Führung von Recep Tayyip Erdoğan bei den Wahlen mehr als ein Drittel der Stimmen und stellte daraufhin die Regierung. Die enge Zusammenarbeit zwischen der islamisch-reformistischen Nur-Bewegung und der AKP stellte den Höhepunkt dieses Zeitgeists in der Türkei dar.

Die Türkei spielte bis in die 2000er-Jahre aufgrund ihrer westlichen Orientierung und ihres Säkularismus immer eine Sonderrolle innerhalb der islamischen Welt. So übernahm die AKP die Vorreiterrolle bei der Etablierung

eines Modells, bei dem es galt, den Islam und globales Kapital gleichermaßen einzusetzen. Die islamischorientierte Partei verhönte aber auch die Türkei mit (einem Teil) der islamischen Welt und führte das Kapital der islamischen Elite in die globalen Märkte ein.

Gleichzeitig wurde Fethullah Gülen der Bildungsauftrag auferlegt. Er war mit seinen vom Nahen Osten über Kaukasien bis in den Fernen Osten reichenden Privatschulen für die Entstehung einer neuen Generation von Moslems zuständig: intellektuell, weltoffen, politisch interessiert, USA-freundlich – und islamisch geprägt.

Ende eines Paktes

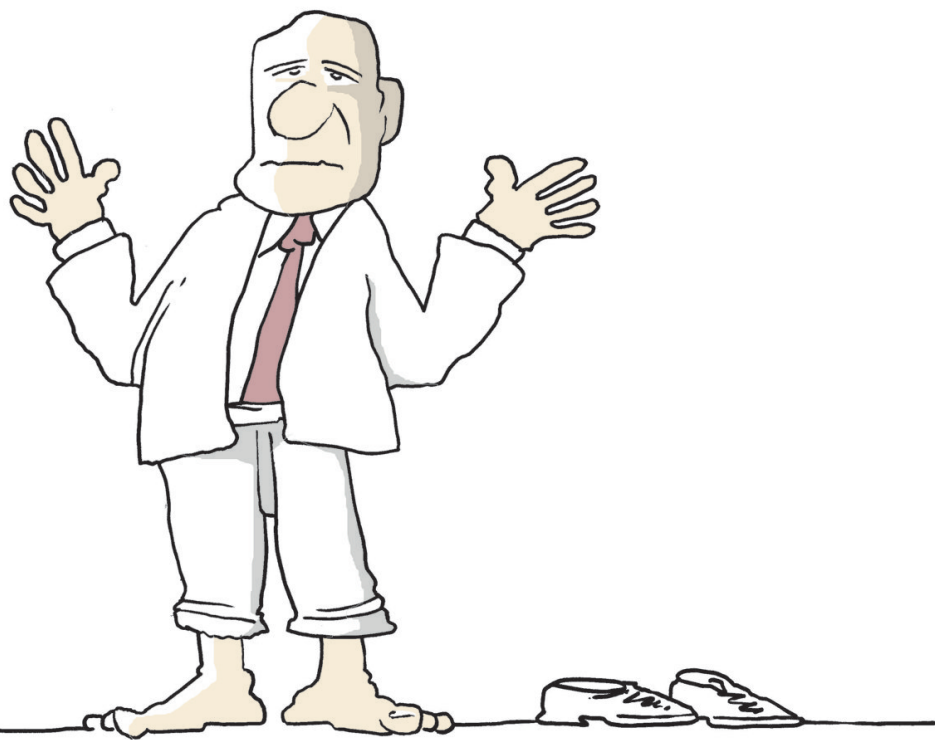
Zwar bestimmen Gülen und Staatschef Erdoğan noch immer die Tagesordnung im Nahen und Mittleren Osten und mischen dort in jeder Hinsicht kräftig mit; dennoch ist das Projekt „Moderater Islam“ in der Türkei als gescheitert zu betrachten. Es ist offiziell bekannt, dass Erdoğan's Türkei radikale Islamisten unterstützt. Aufgrund des versuchten Putsches ist auch der Pakt zwischen den beiden Gurus des politischen Islam endgültig vorbei.

Nun werden im Kampf David gegen Goliath die alten Fronten des Kalten Krieges wieder hochgezogen. Gülen, der seit 1999 in den USA lebt, genießt deren Schutz. Erdoğan nähert sich Russland an. Hinter den Kulissen geht es den beiden großen Weltmächten jedoch um viel Wichtigeres – unter anderem auch um die Zukunft der Gülen-Schulen in Zentralasien.

Diese Schulen, die zum Zweck des Kampfes gegen radikale Islamisten auf der einen Seite, Russland und China auf der anderen Seite gegründet worden waren, brachten in Kaukasien Generationen von Absolventen hervor, die heute in den wichtigsten Denkfabriken der islamischen Welt sitzen.

Hülya Tektas ist Kurdin, geboren und aufgewachsen in Istanbul. Sie lebt seit 1998 in Wien. Die Soziologin arbeitet zurzeit als Sozialberaterin und freie Journalistin.

E-Mails an: debatte@diepresse.com



DIE WERTSCHÖPFUNGSABGABE DARF NICHT MIT MASCHINEN, WIE KNOTENSCHNUR, KERBHOLOZ ODER ABAKUS BERECHNET WERDEN, SONDERN NUR MIT FINGERN UND ZEHEN

Wertschöpfungsabgabe: Im Blindflug zu mehr Steuern?

Gastkommentar. Banken, Großhandel und Freie Berufe sollen Arbeitsplätze anderer Branchen quersubventionieren.

VON HANNS F. HÜGEL

Ziel des SPÖ-Konzepts für eine Wertschöpfungsabgabe ist die Reduktion der Lohnnebenkosten. In einem ersten Schritt ist die Verbreiterung der Besteuerungsbasis des Dienstgeberbeitrags (DB) nach dem Familienlastenausgleichsgesetz geplant. Zusätzlich zu der (bisher erfassten) Lohnsumme sollen Fremdkapitalzinsen, Mieten, Pachtzinsen und Gewinne vor Steuern besteuert werden.

Entgegen den früheren Wifo-Modellen, die im Auftrag der Bundesarbeiterkammer und des Sozialministers erstellt wurden, bleiben Abschreibungen ausgespart, offenkundig, um Investitionen nicht zu behindern und dem Vorwurf der fortschrittsfeindlichen Maschinensteuer vorzubeugen. Die Erweiterung der Basis ist mit einer Absenkung des Beitragssatzes von 4,5 Prozent auf drei Prozent verbunden, um per Saldo Steuer-mehreinnahmen zu vermeiden.

Unternehmen mit viel Personal würden profitieren, kapitalintensive Betriebe höher belastet. Gewinner sind laut SPÖ-Konzept die Industrie, das metallverarbeitende Gewerbe und das Bauwesen. Zu den Verlierern sollen die freien Berufe, Banken und der Großhandel zählen. Die Verlagerung betrage zwei bis 2,5 Mrd. Euro. Später will die SPÖ auch Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge gleichartig umschichten.

Verkappte Steuererhöhung?

Das Konzept gibt einige Rätsel auf: Die Wifo-Studie 2008 hat eine Absenkung der Kommunalsteuer und des DB von acht Prozent auf 3,6 Prozent – also um 55 Prozent – für aufkommensneutral gehalten. Das SPÖ-Konzept sieht nur eine Absenkung um 33 Prozent vor. Dies soll eine bemerkenswert „präzise“ mit zwei bis 2,5 Mrd. Euro bezifferte Reduktion der Lohnnebenkosten ausgleichen.

Doch im Jahr 2015 hat der Fiskus Dienstgeberbeiträge von 5,62

Mrd. Euro eingenommen, eine Absenkung um ein Drittel sollte daher nur 1,87 Mrd. Euro kosten. Werden hier Schätzungsprobleme mit einem Sicherheitszuschlag zulasten der Steuerpflichtigen „bewältigt“? Die Beschränkung auf einen Testlauf nur beim DB verstärkt diesen Verdacht.

Wie sollen zwei bis 2,5 Mrd. Euro bei den genannten Verlierern eingetrieben werden?

Die Bankenabgabe wurde gerade erst reduziert. Warum? Um die durch Basel III jährlich geforderte Eigenmittelaufstockung zu erleichtern, die angesichts eines generell schwachen und vor allem nicht bankenfreundlichen Kapitalmarktes nur aus Gewinnen bewirkt werden kann. Die gegenwärtige Zinsenlandschaft sowie geringe Zinsenmargen haben die Gewinne aus dem Kreditgeschäft drastisch reduziert. Aufwandszinsen, also die „Einkaufspreise“ der Banken, will aber nicht einmal die SPÖ mit zusätzlichen drei Prozent besteuern. ➤

PIZZICATO

Wittgenstein ziert Trattenbach

Ins idyllische Trattenbach in Niederösterreich verschlägt es zu dieser Jahreszeit manchen, der sonst am liebsten im Büro weilt. Die Sommerfrische rund um Semmering und Wechsel leidet darunter, dass die Menschen in fernen Ländern urlauben, von denen einige heutzutage aber zunehmend gefahrlos werden. Vom Rückzug in sichere Gebiete profitieren Spanien, Griechenland oder Kärnten. Vielleicht verirrt sich mancher Nostalgiker jedoch auch ins Wien nahe liegende Feistritztal. Dort können selbst Stubenhocker maßvoll wandernd Frischluft schnappen. Auch der berühmte Philosoph Ludwig Wittgenstein suchte in den 1920er-Jahren in der Gegend Praxis und Theorie zu verbinden. Ihn zitieren manche gern mit dem Spruch: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.“ Und den Mantel des Schweigens breitete man wohl auch besser über Wittgensteins kurzes Gastspiel als Volksschullehrer. Pädagogik war keine Stärke dieses gescheiterten Mannes. Er ohrfeigte Schüler, einer wurde gar ohnmächtig. Der Philosoph schied letztlich auf eigenen Wunsch aus dem Schuldienst. „Ich sehe aus wie ein degenerierter Raubvogel“, kommentierte er ein Foto, auf dem er mit seiner Klasse zu sehen ist. Die Trattenbacher aber haben dem gestrengen Mann offenbar nichts nachgetragen, die Volksschule trägt bis heute seinen Namen. (bp)

Reaktionen an: barbara.petsch@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Recht auf Eigentum zählt zu europäischen Werten

„Juncker maßregelt Platter und Landesobermuftis“, von Erich Kocina, 22. 8.

Herr Juncker, ein ehrenwerter Bürger des Großherzogtums Luxemburg, sieht also „Grenzen als die schlimmste Erfindung, die Politiker je gemacht haben“. Hat sich Herr Juncker schon einmal die Grenzentwicklung seines großartigen Staates angesehen? Eine Herausforderung für jeden Historiker!

Offenbar haben Herr Juncker und der Rest der Bewohner der europäischen Staaten eine geteilte Vorstellung von den viel zitierten „europäischen Werten“. Der Wertekatalog wurde ja sicherheitshalber irgendwann irgendwo

eingebunkert. Wohl vor den 60er-Jahren, denn ich konnte ihn bisher noch nirgends nachlesen.

Die Abgrenzung eines Grundstücks, einer Gemeinde, eines Landes, eines Staats von seinen Nachbarn ist eine der größten kulturellen Errungenschaften in der Entwicklung der Menschheit. Ohne diese ist ein Begriff wie Eigentum undenkbar, und es ist anzunehmen, dass auch für Herrn Juncker das Recht auf Eigentum zu den europäischen Werten zählt.

Wie viele Asylanten hat übrigens Luxemburg aufgenommen? Die Mär spricht hier immerhin von einem der „reichsten“ Staaten Europas.

Mag. Reinhard Rosenbusch, 1140 Wien

Ein verbrieftes Recht, Schutz zu suchen

„Die Sorge der Bischöfe vor dem Islam“, „Déjà-vu“ von Hans Winkler, 22. 8.

Ihrem freundlichen Kommentar über den fairen Disput zwischen Herrn Chefredakteur Mitöhner

und mir in „Die Furche“ kann ich in vielem zustimmen: dass die historische Herausforderung Europas durch die vielen Flüchtlinge gewaltig ist, dass der „Krieg des Islam gegen den Islam“ (N. Kermani) aller Welt höchste Sorge bereitet, auch weil er die Reputation aller Religionen beschädigt. Wie Sie sehe ich, dass Integration kein Kinderspiel ist, sondern höchste sozialpolitische Kunst verlangt. Eine kluge Flüchtlingspolitik geht nicht ohne europäische Solidarität.

Was mich – anders als Sie kritisieren – verwundert hat, war, dass eine Zeitung mit einer so hehren christlich-sozialen Tradition den Katholiken rät, sich darauf zu konzentrieren, „worum es ihnen zu tun ist: ihren Glauben, ihre Riten, ihre Tradition, ihre Werte“. Tun sie das nicht, wenn sie sich für eine Flüchtlingspolitik mit Herz und Verstand einsetzen? Es ist auch theologisch gar karg, jenen, die in vielen Orden und Pfarren Nächstenliebe handfest leben, einfach Naivität zu unterstellen.

Dass Sie die „Schutzsuchen- ➤

Vielmehr soll „die besondere Betroffenheit von Banken und Versicherungen entsprechend berücksichtigt werden“. In welcher Höhe bleibt offen, naturgemäß auch die dadurch bewirkte Belastungsumverteilung auf die anderen Verlierer.

Ob Rechtsanwälte, Steuerberater, Ziviltechniker sowie selbstständige Ärzte gemeinsam mit den Großhandelsunternehmen den Fehlbetrag auf „zwei bis 2,5 Mrd.“ aufbringen können, ist komplett offen. Für sie bewirkt die (steuerlich wie der DB absetzbare) Abgabe eine Erhöhung der ohnehin bereits im internationalen Spitzenfeld liegenden Einkommensbesteuerung um circa 1,5 bis 2,25 Prozentpunkte – und das, obwohl Freiberufler zweifelsfrei nicht zu den „kapitalintensiven Betrieben“ zählen, die nach dem SPÖ-Konzept Arbeitsplätze anderer Betriebe quersubventionieren sollen.

Im Ergebnis werden Beiträge – also Entgelte für Transferleistungen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz – durch höhere Steuern der Klientel des politischen Gegners ersetzt. Nach den insoweit durchaus plausiblen SPÖ-Schätzungen soll der DB-Aufwand von Anwaltskanzleien um 200 Prozent, jener von Ärzten um 300 Prozent steigen.

Bei anderen Dienstleistern soll der DB um circa 260 Prozent steigen. Zumal der Dienstleistungssektor mehr als 75 Prozent der Arbeitsplätze stellt – keine sinnvolle Folge eines Konzepts zur Mehrbelastung kapitalintensiver Betriebe mit wenig Personal. Laut Wifo zählt auch die Landwirtschaft zu den massiven Verlierern.

Hinzu kommen Prognoseunsicherheiten: Das Wifo-Zahlenmaterial ist kaum verwertbar, weil dieses neben dem DB auch die Kommunalsteuer erfasst und auch Abschreibungen in die Basis einbezieht. Das BMF hält Aussagen über Be- und Entlastung von Branchen angesichts der unscharfen Statistiken überhaupt für problematisch. Die Unterschiede innerhalb der Branchen seien größer als zwischen den Branchen. Angesichts der Gewinnabhängigkeit der neuen Abga-

be eine durchaus plausible Beurteilung. Kurzum: Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind höchst ungewiss, nur das einzelne Unternehmen kann berechnen, ob es zu den Gewinnern oder Verlierern zählt.

Eine unintelligente Steuer

Während die Lohnabgaben von den Dienstgebern aufgrund der (unstrittigen) Lohnsumme berechnet und abgeführt werden, birgt die neue Abgabe alle Ermittlungs- und Einhebungsprobleme einer Gewinnsteuer: Die Bemessungsgrundlage hängt von Bewertungen ab, die Festsetzung ist erst im folgenden Wirtschaftsjahr möglich. Bereits das Wifo hat auf die Notwendigkeit von Vorauszahlungen und nachträglichen Steuerfestsetzungen hingewiesen.

Wie bei der unter dem SPÖ-Finanzminister Lacina abgeschafften, strukturähnlichen Gewerbesteuer müssten Verluste vortragsfähig sein, Doppelbesteuerungen bei Finanzierungen und Vermietungen im Konzern vermieden werden. Neue Steuergestaltungen werden auftreten: Trägt eine ausländische Konzerngesellschaft die Fremdkapitalzinsen und stellt der inländischen Gesellschaft Eigenkapital zur Verfügung, kann die Bemessungsgrundlage reduziert werden. Folgeregelungen gegen Doppelbesteuerung und Gestaltungsmissbrauch sind abzusehen. Wieder einmal Komplexitätssteigerung anstatt der vielfach beschworenen Steuervereinfachung.

Nur Italien und Frankreich kennen vergleichbare Belastungen. International stünde die neue Abgabe fast allein da. Für ausländische Investoren wäre sie ein schwer zu kalkulierendes Unikum. Zwar sollen Abschreibungen frei bleiben, doch auch die Besteuerung der Finanzierung wirkt investitions- und fortschrittshemmend. Nachdem Österreich durch den neuen Höchststeuersatz von 55 Prozent endgültig zur Spitze der Hochsteuerländer aufgeschlossen hat, ein weiterer schwarzer Punkt in den Standortrankings.

Wer in der Restlaufzeit von SPÖ/ÖVP mutige Reformen erwartet hat, wird enttäuscht: Statt Investitionsförderung, Deregulierung, Einsparungen zur Abmilderung des Hochsteuerstaates und Pensionsreform soll die Abgabenbelastung umverteilt werden. In Deutschland, wo das Konzept der Wertschöpfungsabgabe vor 60 Jahren entwickelt, aber nie ernsthaft angegangen wurde, meinte jüngst der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann: „Die Debatte um die Robotersteuer lenkt von den zentralen Herausforderungen ab.“

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON SIBYLLE HAMANN



Warum macht Herr Enzinger das? Warum macht die „Krone“ das?

Volksschulkinder singen gemeinsam ein syrisches Lied. Alles ist gut. Es gibt weit und breit kein Problem. Bis die Brandstifter die Bühne betreten.

Erster Akt: Eine Volksschule im Salzburger Flachgau. In der ersten Klasse ist ein neues Kind, es heißt Aref und kommt aus Syrien. Was machen Lehrer sinnvollerweise in dieser Situation? Richtig – sie thematisieren das im Unterricht. Kinder wollen einander ja kennenlernen. Wollen erfahren, wo Aref herkommt, wie man dort redet, was man dort isst, was syrische Kinder spielen. Gemeinsam lernen, respektvoll und interessiert, und dabei etwas über die Welt erfahren: Genau so soll Schule sein.

Die Salzburger Schule hat Glück: Arefs Vater ist offenbar besonders nett, zudem noch musikalisch versiert und hilft bereitwillig mit. Auch die Lehrerinnen machen alles richtig. Um die Eltern von Anfang an einzubinden, schreiben sie an alle einen freundlichen Brief: „Wir werden in den nächsten Wochen einen syrischen Tanz und ein syrisches Lied einstudieren. Wir haben vor, es beim Schulschlussfest aufzuführen. Arefs Vater begleitet uns voraussichtlich am Klavier. Aus diesem Grund wird er ab und zu zum Proben in die Schule kommen.“

„Gratulation!“ kann man da nur sagen. Was für eine wunderbare Schule! So super sollte Integration überall in Österreich funktionieren!

Zweiter Akt. Das Schulfest. Die Eltern sind gekommen, die Kinder sind aufge-regt, tatsächlich wird der Tanz aufgeführt, das Lied ebenfalls. Es heißt „Tik tik ya em slaiman“, ist völlig unpolitisch, ohne jeden religiösen Bezug, eingängige Melodie, der Mond kommt vor, und ein Mann, der Granatapfel pflückt. Das Einstudieren hat offenbar gut geklappt, Applaus, Erinnerungsfotos, Schulschluss, Ferien, alle sind froh.

An dieser Stelle müsste das Stück jetzt zu Ende sein, denn eigentlich gibt es kein Problem. Doch nein, es folgt noch ein dritter Akt, denn wir sind in Österreich. Und hier gibt es immer jemanden, der es nicht ertragen kann, wenn es kein Problem gibt.

Auftritt Gemeinderat Erwin Enzinger, FPÖ. „Das geht definitiv zu weit“, schäumt er. Eltern wollen nicht, „dass fremde Personen in die Klasse kommen“. Nicht nur, dass er Arefs Vater damit nicht

mehr zu den Eltern zählt, sondern zur „fremden Person“ macht – er nennt die Sache auch noch einen Vorfall, den er den Behörden melden und „untersuchen lassen“ werde – ganz so, als habe jemand etwas Böses angestellt.

Gleichzeitig Auftritt „Kronen Zeitung“, wie ein dröhnender Chor im Hintergrund: „Syrische Lieder in Volksschule – das geht zu weit!“ titelt das Blatt. „Arabische Schriftzeichen, syrische Kultur und Länderkunde statt Rechnen, Schönschrift und Lesen standen auf dem Stundenplan der Jüngsten.“ Um Himmels willen! Hat der „Krone“ denn schon jemand erzählt, dass dort sogar arabische Ziffern gelehrt werden?

Schließlich, als berechenbares Finale des Dramas, macht sich auch noch der entfesselte Online-Mob über die Salzburger Kinder und Lehrer her. „Gehirnwäsche!“ „Infam!“ „Wahnsinn!“ „Was steht als Nächstes auf dem Stundenplan: Köpfen für Anfänger?“, „Alle Beteiligten müssen sofort zur Verantwortung gezogen werden“, „Lehrer rauswerfen“, „Kinder abmelden“, „Die Schulleitung gehört sofort suspendiert“, „Regierung fristlos entlassen“, „Wo soll das noch enden?“, „Der Bürgerkrieg wird nicht zu verhindern sein!“.

Wir erinnern uns kurz: Volksschulkinder haben gemeinsam ein Lied gesungen. Eigentlich war alles prima. Rational verstehe ich, was FPÖ und „Kronen Zeitung“ antreibt: Wählerstimmen maximieren, Leserzahlen maximieren, Aufmerksamkeit maximieren, man hofft halt, dass das mit Hetze funktioniert, und häufig funktioniert es ja leider auch.

Aber manchmal möchte ich in die Köpfe dieser Menschen hineinschauen, möchte wissen, wie sich das anfühlt: immer nur Böses zu sehen, selbst dort, wo gar nichts Böses ist. Immer wütend zu werden, wenn anderen etwas gelingt. Immer alles sofort kaputtschlagen, zündeln wollen, und sich erst freuen, wenn es rundherum brennt.

Fühlt es sich eh gut an?

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:
Sibylle Hamann ist Journalistin in Wien.
Ihre Website: www.sibyllehamann.com

Morgen in „Quergeschrieben“:
Rudolf Taschner.

DER AUTOR



Der Autor, Univ.-Prof. Dr. Hanns F. Hügel, ist Seniorpartner von bpv Hügel Rechtsanwälte. Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Artikel zum Unternehmens- und Steuerrecht verfasst und hält Lehrveranstaltungen an der Universität Wien. Seit 20 Jahren berät er das Bundesministerium für Justiz in Fragen des Gesellschaftsrechts.

[Privat]

den“ auf jenen jungen Afghanen, der „in Kabul in Frieden lebt“ (das wirkt ziemlich zynisch!) reduzieren, der in Europa ein besseres Leben sucht, schmerzt. Es wird schon gar nicht jenem Buben gerecht, der in Aleppo Opfer eines Bombenangriffs geworden war und blutüberströmt stumm vor sich hinleidet, um alsbald zu sterben. Diese Menschen haben ein verbrieftes Recht, Schutz zu suchen.

Dass ich, wie Sie unterstellen, Willkommenskultur mit Integration gleichsetze, resultiert aus einer nicht präzisen Lektüre meines Beitrags. Für eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Gesicht und Geschichte brauchen wir eine breite Willkommenskultur. Sie können dazu, wenn Sie Willkommenskultur bereits ins linke Eck abgelegt haben, gern auch Aufnahmekultur sagen. Dass es in der Flüchtlingspolitik geordnet zugehen muss, daher nicht alles auf einmal möglich ist, habe ich in meinen Beiträgen stets betont. Ein Politiker hat immer Gesinnung und Verantwortung zugleich, zumal ein christlich gestimmter.

Noch eine Kleinigkeit: Nicht ich habe bei der „Furche eine Replik erreicht“, es war die Redaktion der Furche, die mich ersuchte, meinen Blog (www.zulehner.wordpress.com: Hier finden Sie den vollständigen Text) abdrucken zu dürfen.

Em. Univ.-Prof. Dr. Dr. Paul M. Zulehner, 1130 Wien

Wichtigste Erkenntnis: Die Medien haben versagt

„Als Mitteleuropa die Kontrolle verlor“, LA von Rainer Nowak, 20. 8. Die wichtigste und ärgste Erkenntnis setzt Rainer Nowak an das Ende seines Kommentars: Die Medien haben versagt. Versagende und unfähige, hilflose und überforderte Politiker haben wir zuhauf, das verwundert nicht mehr. Wenn große Teile der Presse versagen, wird es kritisch. Dabei hat der deutsche Fernsehjournalist Hanns Joachim Friedrichs den Leitsatz für Journalismus vorgegeben: „Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein-

macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten.“ Dass „Die Presse“ realistischer und in größeren Zeiträumen denkt – daran hapert es bei Politik, NGOs, Kirchen und anderen sozialen Verbänden –, macht Hoffnung.

Rudolf Prill, 9071 Köttmannsdorf

Sparen Sie sich Ihre Klausur!

„Koalition sucht Befreiungsschlag“, von Karl Ettinger, 23. 8. Appell an die Regierungskoalition: nicht groß irgendwelche Aktionen (Befreiungsschlag, Klausur . . .) ankündigen, sondern heben Sie umgehend die jahrelang bekannten Effizienzpotenziale im Staate Österreich! Der neue Finanzausgleich oder die eine ordentliche Transparenzdatenbank sind einige von vielen Ihrer Chancen, gravierende Verbesserungen in diesem Land konkret umzusetzen. Sparen Sie sich Ihre Klausur und weitere Diskussionen über neue Steuern, Gesetze oder Vorschriften!

Dr. Wolfgang Riegler, 2500 Baden

Rechtsstaatsgedanke zu wenig ausgeprägt

„Fall Lohfink: Model muss Geldstrafe zahlen“, 23. 8. Der „Fall Lohfink“ zeigt wieder einmal in erschreckender Weise, wie wenig ausgeprägt der Rechtsstaatsgedanke in Teilen der deutschen Öffentlichkeit sowie bei Journalisten und Politikern ist.

Als die von Frau Lohfink erhobenen Vergewaltigungsvorwürfe zum ersten Mal in der Öffentlichkeit bekannt wurden, brach ein Sturm der Unterstützung für Frau Lohfink los. Diese wurde geradezu zur Galionsfigur der Frauenbewegung hochstilisiert.

Auch die Medien und später auch die Politik stimmten in diesen Kanon ein. Am Ende dieser Farce hatte Deutschland ein neues Sexualstrafrecht.

Und nun der Schock: Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Frau Lohfink die Männer wider besseres Wissen bezichtigt hatte, sie vergewaltigt zu haben.

Vielleicht kann dieser Fall

dazu dienen, die Laienjury, die sich aus Frauenrechtlern sowie aufgebrauchten Journalisten und Politikern zusammensetzt, daran zu erinnern, dass in einem Rechtsstaat nach der Unschuldsvermutung jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, so lange als unschuldig anzusehen ist, bis seine Schuld in einem ordnungsgemäßen Verfahren nachgewiesen ist.

Michael Pfeiffer, Dipl. Jurist, D-73765 Neuhausen

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.